

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Abgabepreis: Die sechsseitige Kopfseite 60 Pf., Restamtseite 1.— M.

Abgabepreis in der Gasse dieses Blattes, Papierstraße 10, bis Späthens vorwärts 8 Ubr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Ubr für den folgenden Sonntag.



Stretzfähriger Bezugspreis: durch unser Geschäftsstelle 5,50 M., von unseren Bogen ins Haus gebracht 6,00 M. und durch den Besteller 2 M. Einzelnummer 20 Pf.

Stretzfähriger und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Papierstraße 10, auch von unseren Bogen und allen Kostenstellen angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 81 |

Dienstag, den 12. Juli 1921.

60. Jahrgang

Der langersehnte Vorwand.

Briand hat wegen der „lächerlichen Urteile“ des Reichsgerichts gegen Stenger und Kauls die juristischen Kreise Frankreichs beim Reichsgericht und die französischen Zeugen zurückgerufen.

Wegen dieser Urteile schauen wir uns die Pressekommentare zu den Urteilen an und die Maßnahmen, die als „Strafe“ gegen die „Besetzungen“ des Reichsgerichts vorgeschlagen werden, so sehen wir es: Nicht eigentlich ein erstreutes Aufwachen der Kriegsgeschädigtenfrage handelt es sich hier, und um ein neues Auslieferungsgesetz. Nur einige Blätter stellen dies Verlangen und das auch nur in einem sehr unklaren Ton, denn man ist sich hier der Unterjochung Englands, dessen öffentliche Meinung gar nicht mehr für solche sinnlosen Gewaltmaßnahmen zu haben ist und die noch dazu durch die amerikanischen Auslieferungen des englischen Generalkonsuls über die Obersteinstätigkeit des Reichsgerichts nicht unmerklich beeinflusst ist, durchaus nicht sicher. Kein es geht um etwas ganz anderes: um die Aufrechterhaltung und die Verhängung der rechtlich und moralisch durch nichts mehr haltbaren „Sanktionen“ am Rhein.

Frankreichs Stellung in der Sanktionenfrage war klar erfüllt. Nicht nur in der ganzen neutralen Welt, denn auch in England und Italien sah man das Rechtswort, Einsprüche und Beschwerden nicht nur für Deutschland, sondern für alle Schädlinge der Sanktionen ein, deren angeblicher Zweck, Deutschland zur Anerkennung des Ultimatums zu zwingen, außerdem bereits erfolglos erreicht worden war. Selbst in Frankreich begann das deutsche Argument, daß die „Sanktionen“ nur die Reparationsfähigkeit Deutschlands zu Frankreichs eigenen Schäden hindere, wegen unüberleglichen Nachteil zu verurteilen, und die französischen Heer und Gendarmerie hatten einen immer schärferen Stand, da sie ihre wahre Absicht, die auf einen Abzug des Rheinlands hinausläuft, natürlich nicht öffentlich als Grund zur Aufrechterhaltung der „Sanktionen“ angeben können.

Und da kommen schon die „lächerlichen Urteile“ sehr gelegen. Seit ihr Brand bei der nächsten Sitzung des Obersten Rates, in der über die Aufhebung der Sanktionen gesprochen werden soll, einen schänen Triumph in der Hand. In London hatte man die Sanktionen u. a. auch mit der angeblichen Verzögerung der Aburteilung der Kriegsgeschädigten durch das Reichsgericht beklagt. Und jetzt haben zwar vor dem Reichsgericht Verhandlungen begonnen, die das geht der Öffentlichkeit nicht an. Nicht Besprechung hat man von dem deutschen Richter gefordert, sondern Verteilung, und danach haben die deutschen Richter nicht gehandelt. Endlich hat man also den lange gesuchten Vorwand gefunden, mit dem man auch die Bedenken der Engländer gegen die Fortsetzung französischer Mandatpolitik zu überwinden hofft, und man wird diesen Vorwand weidlich auszunutzen suchen.

Die hartnäckigen Insurgenten.

Korfanth will nicht weichen.

Nach der Räumung des Bahnhofs Kattowitz durch die Engländer begab sich der englische Vertreter der J. A., Major Steinhilber, in das französische Korfanth nach Schöppnitz und verlangte, daß Korfanth sich mit seinem Stabe hinter die polnische Grenze zurückziehe. Korfanth weigerte sich, da seine Entfernung die „Ruhe in Oberschlesien“ und die Entlassung der Insurgenten gefährden würde.“ Der englische Major hat daraufhin die Entschloßung der J. A. angeregt. Der französische General Le Comte Denis gab jedoch dem englischen Major zu verstehen, daß er in Kattowitz und Schöppnitz zu bleiben habe und für das Verbleiben Korfanths die Verantwortung trage. Angehts dieser Forderungen kann man sich denken, wie die Entscheidung ausfallen wird. Korfanth wird bleiben, um den vierten Aufstand weiter vorbereiten zu können, und der englische Major wird seine nur durch aus gerechte Forderung zurückziehen müssen. Außerdem ist die Lage in Oberschlesien unverändert. Das heißt: Die Insurgenten beherrschen weiterhin das flache Land und bereiten den nächsten Aufstand vor.

Die Teucherner Geiseln freigelassen.

Die in Teuchern verhafteten Geiseln sind von den Engländern aus der Haft entlassen worden. Dem ersten Bürgermeister, Dr. Stehpen, wurde jedoch mitgeteilt, daß er aus dem Abstammungsgebiet ausgewiesen werde. Es ist bezeichnend, daß man von den Geiseln vor der Entlassung die Unterzeichnung einer Erklärung verlangt hat, daß sie während der Haft human

behandelt worden seien. Ein Teil der Geiseln hat die Unterzeichnung dieser Erklärung abgelehnt.

Der Magistrat der Stadt Teuchern hat auf die Ergreifung des Rates, der am 4. Juli den französischen Bataillionskommandeur, Major Montalegre, erschloß, oder auf die Beibehaltung von Waffen, die geeignet sind, eine reiblose Ausführung des oben erwähnten Vorfalls herbeizuführen, eine Belohnung von 15 000 M. ausgesetzt.

Waffenverbot der J. A.

Die J. A. in Oppeln hat eine Kundgebung erlassen, in der sie jeder Person den Besitz von Waffen und Munition verbietet und Zuwiderhandlungen unter Strafe von 2 Monaten bis zu 5 Jahren Gefängnis stellt.

Einkellung des Zugverkehrs.

Die Eisenbahner haben sich geweigert, den vollen Verkehr nach dem Industriegebiet wieder aufzunehmen, da ihnen keine Vergütung für die Wiederherstellung ihres Lebens gegeben werden könne. Es ist infolgedessen möglich, daß der Betrieb wieder stillgelegt wird.

Vor dem vierten Aufstand.

Die Insurgenten tauchen wieder auf.

Aus Kongress-Polen kam über die ober-schlesische Grenze in den letzten Tagen wieder große bewaffnete Insurgentenscharen herübergekommen und haben sich in Myslowitz und Umgegend festgesetzt. Man spricht in eingeweihten Kreisen offen davon, daß man vor einem vierten Aufstand sehe. Myslowitz und mehrere Nachbarorte sind wieder so gut wie von Insurgenten besetzt.

Zwischen Zusammenstößen unter den Insurgenten kam es in Bogusitz und Palenke, in Verlusten wurden gemeldet ein Tooter und vier Verwundete.

Die Ausgänge des Kattowitzer Bahnhofs werden noch immer von polnischer Wpo besetzt.

Neue Polenmilitär.

Was in der Gegend von Schöppnitz herumtollenden Banden wurde der Polizeikommissar Binkara aus Kattowitz sich mehr zu haben. In der Umgegend von Schöppnitz treiben sich noch immer bewaffnete Insurgenten herum, die hin und wieder bei deutschen Familien Plünderungen verüben. Donnerstag und Freitag kam es zu lebhaften Schießereien. Die deutschstämmige Bevölkerung ist in größter Anruhe, zumal sie nicht den geringsten englischen Schutz hat. Die in Kattowitz erscheinende deutsche „Oberschlesische Rundschau“ hat infolge der wirren Verhältnisse in Oberschlesien ihr Erscheinen eingestellt.

Verstärkter Belagerungszustand in Kattowitz.

Kattowitz, 9. Juli. An die Stelle des bisherigen italienischen Stadtkommandanten, des Majors Pira, ist der bisherige Kreiscontroller in Abnisk Oberst Wicler getreten. Als erste Maßnahme verhängte er über Kattowitz den Belagerungszustand. Wer auf den Straßen mit Waffen, Gewehrpatronen, Metallgeschossen oder ähnlichen Gegenständen verhandelt, wird von den interalliierten Sondergerichten gefaßt, ebenso wer angetrunden angetroffen wird. Das Abholerposten sowohl für die interalliierten Truppen als auch für die Zivilbevölkerung tritt wieder in Kraft. Die Zeitungszensur wird aufs strengste gehandhabt.

Wirth in Breslau.

Der Auf nach Einigkeit.

Breslau fand am Freitag im Zeichen einer gewaltigen Kundgebung für Oberschlesien in der Jahrbuchverhältnisse. Die Besprechungen, die der Kanzler mit Vertretern aller Parteien und der Behörden Schlesiens hatte, führten zu einem Ergebnis, das eine politische Tat bedeutet. Von deutschnationaler Seite wurde erklärt, daß die Partei keinerlei Forderung oder Umwälzungspläne. Es zeigt sich deutlich und offenbar die Einheit aller Parteien, die Einheit des ganzen Volkes in der Abwehr der polnischen Machtgeißeln, in dem Bestreben, die Einheit des Reiches zu wahren. Nachdem der Kanzler am Nachmittag den Kardinalbischof Dr. Vertram ausgesetzt hatte, begab er sich am Abend zu der von einer etwa 11 000-köpfigen Menge gefüllten Zehnhunderthalle.

Die Kanzerrede.

Nach der Begrüßungsansprache des Breslauer Oberbürgermeisters ergiff Reichskanzler Dr. Wirth das Wort zu einer folgenden, bedeutsamen Ausführungen, die vollen Beifall auslösten: „Von dem ich an den Rhein hören wir die dange Frage: Was ist die Einheit? Die Einheit der Bevölkerung bedeutet die Herzen aller Deutschen aus tiefer. Er wolle im Namen der Reichsregierung Worte der Aufmunterung und des Trostes, aber auch der Tatkraft und des eingetragenen Willens zu Deutschlands Befreiung. Man müsse sich klar sein, daß wir nicht mehr die alte Front hinter uns hätten. Die größte Aufgabe sei aber uns heringebrochen. Viele Köpfe, viele Sinne, heiße es auch hier, aber alle müßten sich zusammenschließen im Willen zur

Beaufsichtigung des Grenzraumes. Der Kanzler betonte dann, daß die deutlich zutage tretende Einigkeit der Parteien viel zur Behebung des Landes beigetragen habe. Wir hätten es noch nicht verloren. Wir hätten die Abtie nicht Hände noch nicht hinter. Wir erhalten Anspruch darauf an Namen des Reiches, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes. Unser Anspruch gründet sich auf die 100-jährige Geschichte. Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte der Kanzler, daß die Alliierten sich unklar erwiesen hätten, deutsches Land zu verwallen und für Recht und Sicherheit zu sorgen. Unsere Forderung gehe dahin, daß die Alliierten nicht weiter unsere Bräute in ihre Gewalt ziehen dürfen, wie es der Völkern von deutscher Seite niemals gesehen sei. Den Alliierten gebühre Dank für die mannigfachen Aufreiter. Ganz besonderer Dank aber komme dem Selbsthaus zu, der in Aufopferung und Liebe zum deutschen Volke den ober-schlesischen Brüdern beigestanden habe. Wir sind gewillt, alles zu tun, um Oberschlesien zu retten.“ Die deutschen Volksgenossen bei den Alliierten bezeugen, dem Recht zum Siege zu verhelfen. Das Schicksal Oberschlesiens sei das Schicksal Deutschlands. Was der Kanzler hier wegen der Leiden der Deutschen an den französischen Kriegsgefangenen in Berlin gemeint habe, sei ihm erklärt worden, daß jeder Verlust Deutschlands, militärisch eingezogen, die Kriegserklärung Frankreichs zur Folge haben würde. Die Abkündigung habe für Deutschland entschieden. Wir tiefen den Alliierten zu: „Daß die Finger von Oberschlesien“ den Oberschlesier ab, deren Wort das größte Unglück für Deutschland sei, riefen wir zu: „Glaubt, ihr Oberschlesier! Beweist nicht das deutsche Vaterland soft auf euch und blickt die Hände zur Hilfe. Es bietet sie euch in herzlichster, geübter Dankbarkeit.“ Wirth erlang das Lob: „Mein Oberschlesier Glückauf!“ Oberbürgermeister Dr. Wagner schloß alsdann die ergreifende Kundgebung.

Der Weg zur freien Wirtschaft.

Freigabe des Zuders ab 1. Oktober.

Dieser Tage fand in Stuttgart die Konferenz der deutschen Ernährungsmiener unter Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Hermannes statt. Die Konferenz beschloß mit überwiegender Mehrheit, mit Rücksicht auf die in diesem Jahre zu berechnende Vermehrung des Milchertrages, in der bisher rund 77 Proz. der Friedensanbaufläche von 1913-14 erreicht worden ist, mit Rücksicht darauf, daß mit der Dedung des Inlandsbedarfes aus der neuen Ernte gerechnet werden kann, die Zudersabgabe in der Wirtschaft mit Beginn des neuen Jahres ab 1. Oktober, aufzuheben.

Die Getreidemenge ein Uebergangsjahr.

Die Minister Hermannes mitteilte, soll die Getreidemenge nach seiner persönlichen Auffassung ein Uebergangsjahr für die freie Wirtschaft sein, zu dem man, wenn nicht ganz unvorzuziehliche Ereignisse eintreten, in nächster Jahre kommen werde. In der Konferenz wurde mit allem Nachdruck von der heimischen Produktion zum Ausdruck gebracht, insbesondere durch vermehrte Verwendung des heimischen Getreides in der Landwirtschaft und durch Schaffung von Aufweirtschaftungen, zu denen das Reichsernährungsministerium allgemeine Maßnahmen aufstellen wird, das Ziel zu erreichen, die Ernte der Getreidemenge nach der Konferenz durchaus ruhig entgegen. Es sei zu hoffen, daß der Uebergang zum neuen Wirtschaftsjahr sich ohne große Erschütterungen vollziehen wird.

Erhöhung des Brotpreises um 40 bis 50 Prozent.

Eine Erhöhung der Getreidepreise werde durch den Abbau der Aufschufaktion des Reiches notwendig. Das Reichskabinett werde sich mit der Frage zu befassen haben, ob bei der Brotpreiserhöhung bis zu 40 oder 50 Proz. zu gehen sei. Diese Erhöhung sei aber nicht durch das Umlageverfahren hervorgerufen, sondern sie wäre vollständig zu übernehmen, da es nicht möglich sei, mit der heimischen Getreideproduktion den Bedarf des Volkes zu decken.

An der Wirtschaftslage müsse ebenfalls eine wesentliche Besserung erreicht werden. Es sei geplant, im Süden und Norden große militärisch-wirtschaftliche Institute zu schaffen, die mit einem Krieg von Unternehmungen und praktischen Betrieben zu verbinden wären.

Die Konferenz beschloß, daß die besprechende Regelung für den Verkehr mit Getreideerzeugnissen mit dem 1. August außer Kraft tritt. Ferner soll der Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln, Tabak und Wein von den Vorschriften befreit werden, welche die Tätigkeit des Großhandels von einer beschränkten Genehmigung abhängig machen.

Der Reichswirtschaftsrat für freie Zuderswirtschaft.

Der Landwirtschaftsausschuß des Reichswirtschaftsrats nahm bei der Besprechung der Zuderswirtschaftsangelegenheiten ein Gutachten an, in dem er sich für Aufhebung der Zwangsabgabe ab 1. Oktober ausgespricht. Da eine ausreichende Zuderrückente in Aussicht liege, fordert er Aufrechterhaltung des Zuderserzeugungsvorbehalts und auch des Zudersaufwehverbotes.

Nur Lage.

Deutschland und der Völkerverbund. Im Generalsekretariat des Völkerverbundes soll man sich davon überzeugen, daß Deutschland bereits in allerhöchster Zeit sein Aufnahmegeßuch dem Völkerverbund unterbreiten werde, nachdem es von englischer und französischer Seite die Versicherung erhalten habe, daß seiner Aufnahme wahrhaftig keine Schwierigkeiten bereitet werden würden. Verschiedene bekannte englische Politiker seien nach eingehender Prüfung einem durchaus positiven Ergebnis gelangt, das der deutschen Regierung mitgeteilt worden sei. Man ist bereits sehr gespannt, wer der deutschen Delegation für Genf angehören wird.

Die Vertreibung der deutschen Domänenpächter. Das Generalsekretariat der Völkerverbundkonferenz übersandte der deutschen Botschaft in Paris eine Note als Antwort auf den deutschen Bericht wegen der Ausweisung der deutschen Domänenpächter in Polen. Die Antwort stellt fest, daß der von der Konferenz Beauftragte bereits aus eigener Initiative bei der polnischen Delegation eingegriffen sei. Diese habe daraufhin die polnische Regierung aufgefordert, die in Aussicht genommenen Vertreibungen sofort einzustellen. Der deutsche Wunsch ist also erfüllt worden. Allerdings unter dem Vorwand der Verlangung, die die Konferenz selbst auf Grund der verlangten Informationen in dieser Frage treffen wird.

Polen des Korfanth-Anstehens. Der von den Vereinigten Staaten bestellte Schiedsrichter über die deutsche Binnenfischerei, beabsichtigt im September nach Amerika zurückzukehren, da der Aufstand Korfanth ihm die Beendigung seiner Arbeiten unmöglich gemacht habe. Der wichtigste Teil seiner Aufgabe, die Entscheidung über die Oberfischerei, bliebe unerblickt.

Ein deutsches Konsulat in Petersburg? Vor kurzem war, das B. Z. meldet, die russische an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen um die Genehmigung zur Errichtung eines russischen Konsulats in Stettin herangetreten. Deutscherseits wurde darauf erwidert, daß dem grundsätzlich nichts entgegenstehe, jedoch wünsche die deutsche Regierung auch ein deutsches Konsulat in Petersburg zu errichten. Die russischen Behörden sind noch nicht abgeneigt und dürften erst zu einer Entscheidung führen nach der Rückkunft des neu ernannten Geschäftsführers, Ministerialdirektors, Prof. Dr. Wiedenfeld in Ostau.

Eine deutsche Meile in Amerika? Nach der Chicago Tribune" rechnet man in Newport mit der Möglichkeit eines Verkaufs von deutscher Seite, demnächst in Amerika eine Meile unterzuziehen. Diese Meile würde das in den Vereinigten Staaten bestehende deutsche Eigentum als Unterlage haben, und dieses Eigentum würde dann von einem deutsch-amerikanischen Kuratorium verwaltet werden. Auf diese Weise würde ein Darlehen von etwa 800 Millionen Dollars möglich werden.

Berlin. Zum Mitglied des Reichsrats hat der Reichstag Berlin den Bürgermeister Ritter (Soz.) und zum stellvertretenden Mitglied Stadtrat Otto Franz (Soz.) gewählt.

Wohnum. Die Wohnum-Stadtratsverammlung beschloß 20 Millionen Mark zur beschleunigten Errichtung von Wohnungsbauten. 400 Wohnungen sollen noch in diesem Jahre fertig gestellt werden.

Auslands-Rundschau.

Die kleine Entente. Auf der bevorstehenden Konferenz einiger bedeutender Minister Jugoslawiens, Rumäniens und der Tschechoslowakei soll der Beitritt Rumäniens zur kleinen Entente besprochen und vorbereitet werden. Auch soll die Einbeziehung Polens zur Sprache kommen.

Ein Schaupiel. Wie England es sieht, bietet sich vor Konstantinopel die Feindseligkeiten in Irland eingestilligt worden. In Dublin verlor der Vorbereiter eine Erklärung über das Zustandekommen des Waffenstillstandes in Irland der vor dem Stadthaus horenden großen Menschenmenge. Diese brau in Zudruber aus und sang patriotische irische Lieder. Beim Erscheinen De Valeras, das das Stadthaus verließ, erreichte die Begeisterung ihren Höhepunkt. Es wurde mit tosenden Hurufen begrüßt, und hatte die größte Wölbe, zu seinem Wagen zu kommen. De Valera ist nunmehr bereit, mit Lloyd George zusammenzutreffen und mit ihm zu verhandeln.

Waffenruhe in irischen Bürgerkrieg. Nach einer amtlichen Mitteilung sind die Feindseligkeiten in Irland eingestilligt worden. In Dublin verlor der Vorbereiter eine Erklärung über das Zustandekommen des Waffenstillstandes in Irland der vor dem Stadthaus horenden großen Menschenmenge. Diese brau in Zudruber aus und sang patriotische irische Lieder. Beim Erscheinen De Valeras, das das Stadthaus verließ, erreichte die Begeisterung ihren Höhepunkt. Es wurde mit tosenden Hurufen begrüßt, und hatte die größte Wölbe, zu seinem Wagen zu kommen. De Valera ist nunmehr bereit, mit Lloyd George zusammenzutreffen und mit ihm zu verhandeln.

Die Verhandlungen mit Kemal. Anlässlich der Meldungen über die Entsendung eines englischen Unterabnders zu Kemal Pascha hat dieser eine neue Mitteilung veröffentlicht, in der er behauptet, daß der Vorschlag zu einer neuen Zusammenkunft nicht von ihm, sondern von den Alliierten ausgegangen sei. Die Entente-Kommission behauptet das Gegenteil. Mustafa Kemal hat jetzt auch Bedingungen gestellt, unter denen er zu Verhandlungen bereit sei. Von englischer Seite wird dazu erklärt, daß von türkischen Bedingungen gar keine Rede sein könne.

Der Zusammenbruch der Banque de Chine. In der französischen Kammer kam es anlässlich einer Interpellation wegen des Krachens der Banque de Chine" zu einem heftigen Angriff gegen Klippel Vertelot, den Generaldirektor im Auswärtigen Amt. Briand sagte die Umstände, die zu dem Zusammenbruch geführt hätten, dar und erklärte, daß die Regierung alle geistlichen Mittel zur Rettung der Bank anwenden werde, da die französischen Interessen auf dem Spiele ständen. Er bitte daher, die Besprechung der Angelegenheit zu unterlassen. Im weiteren Verlauf der Besprechung wandte sich der frühere Minister Lehgues an Briand, daß ein Telegramm an die französische Botschaft in London mit seiner Interferenz veröffentlicht sei, von dessen Existenz er nichts wisse. Das sei eine offensündliche Fälschung. Briand gab dies zu. Auf die Frage Lehgues erklärte Briand, daß die Rettung nicht abzuwerde, Auskunst über die Herkunft des Telegramms zu geben. Er würde für eine Verurteilung sorgen, falls ein Beamter schuldig sein sollte. Angriffe gegen Vertelot, die ihn beschuldigten, die Interessen der Bank in erster Linie wahrgenommen zu haben, wies Briand energisch zurück. Ein radikalischer Abgeordneter verlangte alsdann die völlige Aufklärung der Angelegenheit.

Koten. Der Oberste Finanzrat hat Aufschreibung einer Zwangsanteile beschloßen. Diese wird in einem Monat zur Durchführung gelangen.

Frankreich. General Vollet ist wegen seiner Verdienste um die Entlohnung Deutschlands" am Groß-Kreuz der Ehrenlegion ernannt worden.

Paris, 10. Juli. Das Kriegsgericht in Calabanza verurteilte zu je 5 Jahren Zuchthaus wegen Desertation und Verschönerung drei deutsche Fremdenlegionäre namens Paulmann, Kig und Laurag. Laurag war früher deutscher Offizier.

Der Prozeß in Leipzig.

Die letzten französischen Zeugen. Nach den Aufzeichnungen des Angeklagten Kruska wurde als erster Zeuge der Geschäftsführer Paschall benannt. Er behauptet, daß gegen die Seude nichts unternommen sei, daß dieselbe sich während der Verhandlung in der Vernehmung der französischen Zeugen nicht ausgesprochen hätte. Die deutschen Zeugen hätten geurteilt. Man sei erst eingeschritten, als auch Deutsche der Seude zum Opfer gefallen wären. Dem hält der Oberstaatsanwalt entgegen, daß dem wohl nicht so viele Deutsche bei der Seude gestorben wären. Ein anderer Geschäftsführer erklärt, Paschall habe die Gefangenen ungenüßig beinhalten. Die Verhältnisse im Lager seien gut gewesen. Paschall habe als Spion und Verräter gestolten. Der nächste Zeuge, ein Franzose erklärt, den Gerichten nach habe der General Kruska die Wirtshaus an vielen Gelegenheiten.

Gescheitert. Dr. Görner-Jena fürerte dagegen aus, daß die Seude sich so hart habe verhalten können, da man sie lange Zeit nicht erkannt hätte. Eine Schuld teilte nicht sein. General Kruska habe alle anderen Anordnungen im Lager durchzuführen lassen. Die Stoff sei besser als die der deutschen Bevölkerung gewesen. 4000 Liter Milch hätten die Gefangenen täglich erhalten. Alles sei gegeben, was die Gefangenen bei dem besten menschenfreundlich gewesen. Aus der Wahl des Lagers für das Lager könne niemandem ein Vorwurf gemacht werden.

Hier wurde die Verhandlung unterbrochen, weil die Franzosen den Sitzungssaal verlassen.

In der Sitzung am Samstagmorgen bemittelt erklärte der Präsident, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden, so wie die französischen Zeugen nicht in Frage kämen. Der erste Zeuge Hartmann erklärt, daß die Behandlung, Unterkunft und Verpflegung der Gefangenen gut gewesen seien.

Die weiteren deutschen Zeugen bezeugen im Wesentlichen die Ausführungen des Zeugen Hartmann. Stabsarzt a. D. Dr. Schulz betont, daß von den deutschen Verletzten 90 Proz. erkrankt und 25 Proz. gestorben wären, während von den französischen Verletzten höchstens 40 Proz. gestorben seien.

Das Reichsgericht verhandelt weiter.

Berlin, 9. Juli. Eine offizielle Mitteilung der Abwärtung der französischen Kommission aus Leipzig ist bisher noch den Auswärtigen Amt noch dem Reichsjustizministerium zugegangen. An den deutschen zuständigen Stellen wird der Standpunkt vertreten, daß die Prozesse in Leipzig auch in Abwesenheit der französischen Delegation und der französischen Zeugen ihren Fortgang nehmen werden.

Außer dem gegenwärtig verhandelnden Prozeß gegen die Generale v. Schand und Kruska stehen zur Zeit an dem Reichsgericht keine weiteren französischer Zeugen an, auch keine beschloßen. Am nächsten Dienstag wird dagegen der englische Prozeß wegen der Verschönerung des Bagarrettschiffes "Llandovery Castle" zur Verhandlung kommen. Dazu sind englische Vertreter und Zeugen angemeldet. Von der deutschen zuständigen Stelle ist London benachrichtigt worden, daß die Verurteilung weitergehen. Man rechnet deutscherseits mit dem Geschehen der englischen Prozeßteilnehmer in Leipzig.

Leipzig, 9. Juli. In dem Prozeß gegen Kruska-Schod wurden die Angeklagten freigesprochen. Die Kosten trägt die Reichskasse. Aus der Verhandlung ist hervorzuheben: Das Reichsgericht ist von der Erwägung ausgegangen, daß die Aufzeichnungen der Auslieferungsliste nach dem Ergebnis der Verhandlungen völlig in sich zusammengefallen sind. Man in Bezug auf das behauptete fälschliche Verhalten hat sich die völlig Grundlosigkeit der Behauptungen ergeben. Weiter gegen Herrn von Schod, der überhaupt nicht in Frage kommt, und nichts gegen seine Schuldigkeit getan hat, noch gegen Herrn von Kruska ist auch nur ein Schimmer von Pflichtwidrigkeit übrig geblieben.

Der englische Generalkonsul kommt zum Reichsgericht.

London, 10. Juli. Der Generalkonsul Sir Ernest Bolland ist nach Leipzig gereist im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die beiden deutschen Offiziere wegen der Verschönerung des Hospitaltschiffes "Llandovery Castle".

Belgien zieht seine Gerichtsstätten aus Leipzig zurück.

Berlin, 10. Juli. Die "Libre Belgique" mittelt, hat die belgische Regierung der französischen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß sie die Gerichtsstätten, deren Prüfung sie dem Reichsgericht in Leipzig anvertraut habe, zurückziehe. Der oberste Rat werde die Angelegenheit bei seiner nächsten Zusammenkunft behandeln.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 8. Juli.

Die Vorlesung der Richter.

Nach dem üblichen Freitags-Frage- und Antwortspiel, "keine Anträge" genannt, gibt es wieder einmal ein kleines Geplänkel zwischen rechts und links, aus Anlaß der sozialdemokratischen Großen Anfrage über die allgemeine Kündigung von Güterlings-Pachtverträgen. Aber erst die Große Anfrage des Abg. Braun (Soz.) über die fälschliche Durchführung der Annäherung des höheren Zivils, und der Erwählungsdienste forderte das Interesse weiterer Kreise heraus. Abg. Dr. Wäntig (Soz.) übernimmt die Begründung. Er verlangt eine Rechtsreform unter Fortfall der obligatorischen akademischen Vorbildung für die Justiz- und Verwaltungsberechtigten. Ihm pflichtet der preussische Kultusminister Bodecker darin bei, daß er ebenfalls eine Reform des juristischen Studiums für notwendig hält und dem Parlament verspricht bald mit entsprechenden Vorschlägen aufzutreten.

An die Worte des Ministers schloß sich eine Debatte, in der verschiedene Parteien spezielle Wünsche zur Reform des Jurastudiums vorbrachten. Die Debatte wird nach einem zusammenfassenden Schlußwort des Begründers der Großen Anfrage geschlossen. Dann geht das Haus auseinander. Es geht sich am Dienstag wieder zusammenzufinden.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leuchern, den 11. Juli 1921.

Allgemeine Aufgabe der neuen deutschen Briefmarken. In den nächsten Tagen werden die neuen deutschen Briefmarken zu 15, 25, 40 und 50 Pfennig ausgegeben.

Die Ententeausichten werden in Döhlingen als sehr gut bezeichnet. Man rechnet, daß auf den Morgen Land durchweg 3-4 Zentner Getreide mehr geerntet werden, als im vorigen Jahre. Die Kartoffeln- und Hackfrucht ebenfalls sehr gut. Wenn das Wetter warm bleibt, glaubt man, in 14 Tagen mit der Ernte beginnen zu können.

Umsatzsteuerpflicht von Vereinen. Nach § 1 des Umsatzsteuergesetzes unterliegt der Handel, b. h. die Vermittlungen des Warenverkehrs, der Umsatzsteuer. Die Steuerpflicht wird nach dem Wortlaut des Gesetzes weder dadurch ausgeschlossen, daß die Absicht fehlt, Gewinne zu erzielen, noch dadurch, daß ein Verein über eine Zweckbestimmung an die eigenen Mitglieder liefert, die Tätigkeit ausüben.

Der Reichsanwalt hat in verschiedenen Urteilen ausgeprochen, daß der Verkauf auf die Mitglieder beschränkt sein kann, ohne daß dadurch Umsatzsteuerfreiheit eintritt, und daß es der Absicht der Gewinnerzielung nicht bedarf. Danach sind sämtliche Warenbezüge von Sport-, Geselligkeits-, Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Vereinen umsatzsteuerpflichtig. In welcher Form der Verein betrieben wird, ist ganz gleichgültig. Zweckbestimmung des bürgerlichen Rechts nicht eingetragene Vereine, eingetragene Vereine, Betriebsräte, kurz Personenvereinigungen aller Art unterliegen der Umsatzsteuer, sobald sie Waren einkaufen und verkaufen.

Schützenfest. Der seit 1914 zum ersten Male im Festprogramm vorgesehene Japantreff soll die Erfüllung des neuerbauten großen Zetes auf dem Schützenplatze haben sich sehr guten Zulpruch zu erfreuen. Am Eröffnung des Japantreffscharnaches war die übliche Begleitung mit Lampions um zur Stelle. Jugendbesuch nahm die Gelegenheit wahr, seine Freude über den Wogelgeschützbeginn Ausdruck zu geben. Der Japantreff bewegte sich diesmal nach dem Festplatz, wo er von einem zahlreichen Publikum empfangen wurde. Bald herrschte in den Zelten und auf dem Platz Hochbetrieb. Die Eröffnung resp. Einweihung der neuen Schanzstätten wurde dann in sehr grandioser Weise vorgenommen. Ueber Bau und Einrichtung des neuen Zetes hörte man nur beifällige Kritik. Am Sonntag Nachmittag fand der Auszug der Schützen statt; eine Abteilung der Oberförstler Schützengilde nahm als Gäste hieran teil. Der Besuch des Festes ließ am Nachmittag und Abend nichts zu wünschen übrig. Sehr feine Montag ist das gewohnte Frühstück, Nachmittag Unterhaltungsmusik und abends Feuerwerk vorgezogen, da jedoch auch K. d. S. - Stuten- und Fohlenkutsch stattfinde und außerdem die Schützen aus Hohenhausen und Croßen sich angemeldet haben, so wird auch der zweite Festtag die gegebenen Erwartungen voll erfüllen.

Baunotversicherung. Am Sonnabend, den 9. Juli 1921 abends 8 Uhr hatte der Vorstand des Hausbesitzervereins eine Verammlung nach dem Norddeutschen Hofe einberufen, um u. a. einen Vortrag, Aufklärung über die Baunotversicherung" zu geben. Nachdem der Vorsitzende Hauswärtner Weinhardt die erschienenen Damen und Herren begrüßt und auf die Wichtigkeit der Baunotversicherung hingewiesen hatte, sprach der Oberinspektor der Städteuerzugsitzat Dahn aus Wertheub über die Bedeutung und die Einrichtung der von der genannten Sozietät eingetragenen Baunotversicherung. Redner wies zunächst daraufhin, daß die Feuerversicherung bei einem Brande vor dem Kriege volle Dedung gewährte. Nachdem aber die Preise während des Krieges und auch nach dem Kriege ständig in die Höhe gegangen sind, reichte die Feuerversicherung nach Wertsteigerungen nicht aus, um im Falle eines Brandes dem Hausbesitzer eine volle Wertung seines Schadens zu gewähren. Die deshalb von allen Feuerversicherungsanstalten eingeführte Mehrwertversicherung half zwar dem Lebensstande zunächst ab. Infolge der andauernden Preissteigerung, welche für Bauarbeiten und Bauböme das fünfzehnfache der Wertsteigerung ergibt, sind aber auch die Beiträge derart gestiegen, daß sie bei ausbrechender Mehrwertversicherung von den Hauseigentümern kaum auszubringen waren. Es haben deshalb zwischen der Sozietät und dem Provinzialverbande der Hausbesitzervereine Verhandlungen über die Einführung einer Baunotversicherung stattgefunden, welche inzwischen zu einem für die Hausbesitzer sehr erfreulichen Abschluß gelangt sind.

Die Baunotversicherung der Sozietät bietet im Schadenfalle volle Dedung. Für eine nach dem Prade

Vollleben und Wirtschaft.

Verteuerung der Lebenshaltung. Die Lebenshaltungskosten für die Lebensjahre 1911/12, die vom statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete berechnet sind, ist im Monat Juni im Vergleich zum Vormonat um 16 Punkte auf 896 gestiegen. Die seit Januar d. S. beobachtete Abwärtsbewegung der Ausgaben für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse ist also im Juni wieder unterbrochen worden. Die Juniüberschneidung übertrifft um zwei Punkte auch die für April ermittelte Zahl, bleibt aber immer noch beträchtlich hinter dem im Januar dieses Jahres erreichten Höhepunkt von 924 zurück. Zu der Verteuerung der Lebenshaltung tragen im Berichtsmonat hauptsächlich Preissteigerungen für Eier, Milch, Butter, Gemüse, Kartoffeln (ohne Berücksichtigung der neuen Kartoffeln) und für Holz- und Leuchtstoffe bei. Dagegen wurden für Rindfleisch, Speck, Fett und besonders für Butter Preisfestsetzungen gemeldet. Im allgemeinen ist die Preisfestsetzung innerhalb des Reiches sehr wenig ausgefallen.

Bericht des Landwirtschaftsrats.

Steigende Preise für Mais und Hülsenfrüchte.
In dem Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats über die vergangene Woche heißt es:

Für die verschiedensten Futterhülsenfrüchte, besonders aber für Futtererbsen war das Material in der letzten Woche sehr knapp geworden. Insofern die Preise teilweise sprunghaft ansgesogen. Nicht minder scharf kamen diese Verhältnisse auch beim Mais zum Ausdruck, denn dieser hat sich im Laufe der allseitig lebhaften Bedarf mehr und mehr geräumt, und da die Beisetzungen der Bezugsstellen keine sonderlich reichlichen sind, so findet die Nachfrage des Konsums nicht genügende Befriedigung. Ganz besonders in Hamburg, aber auch in ähnlichen Umfange in ganzen Lande, haben sich die Maispreise seit voriger Woche beträchtlich gehiegt.

Diese Verhältnisse brachten sich auch in allen übrigen Futterstoffen, wie besonders in den verschiedenen Sojablansorten, in Dorschungen und in dem lange vernachlässigt gewesenen Melassefutter zum Ausdruck. Eine wenig erfreuliche Situation zeigt sich im Geschäft der Peltsalze. Ein großer Teil des geernteten Harzes und Rüben hat durch die Witterung feuchte Beschaffenheit und hauptsächlich deshalb hatten sich die großen Mühlen, und zwar besonders die bedeutenden westdeutschen Delmüllereien von Rünen möglichst zurückgehalten, während die Händler große Schwierigkeiten zu den steigenden Preisen der letzten Wochen gemacht hatten. Jetzt beginnen die Aufkäuferleistungen und da die Kaufleute die Waren meist nicht hatten weiter verkaufen können, sie aber abhand nehmen, die besten Qualitäten zu lagern, so zeigt sich seit kurzem das Angebot der den Händlern angebotenen Ware zu nachgelagerter Forderung, wodurch die Marktlage schließlich abgeschwächt.

Getreidenotierungen in Markt je Tonne umgerechnet zu dem jeweiligen Wechselkurs. Die Zahlen in Klammern geben in Markt das Getreide (+) bzw. Getreide (-) der Preise im Vergleich zur Woche an. Chicago, 6. Juli: Weizen-Juli 3238 (-11), Weizen-Sept. 3224 (+43), Mais-Juli 1699 (+5), Mais-Sept. 1757 (+42).

Schöffengerichts-Sitzung in Teuchern am 8. Juli 1921.

1. Wegen fahrlässiger Körperverletzung des 73jährigen Willh. Schme in Teuchern wurde der Dienstknecht Willy Baack in Teuchern mit 50 Mk. ev. 5 Tagen G. fängnis bestraft.
2. Die Arbeiterin Erna Engelhardt aus Teuchern wurde wegen Diebstahl mit 2 Wochen Gefängnis und wegen Minder-raub mit 3 Tagen Haft bestraft. Die mitangestellte Arbeiterin Klara Engelhardt aus Teuchern erhielt wegen Minder-raub 50 Mk. Geldbuße hilfsweise 5 Tage Haft.
3. Zu 1. Woche G. fängnis wurde der Dienstknecht Paul Schreiber aus Gembschen verurteilt, weil er dem Hofmeier Adolf Fußmann in Rantahl 280 Mark gestohlen hat.
4. Wegen Entwendung von Wurst wurde der Schulknecht Willh. Schme aus Gembschen mit einem Beweise bestraft, dieselbe Strafe erhielt der Arbeiter Fritz Jahr aus Gembschen, weil er die gestohlene Wurst zum Teil angenommen und verzehrt hatte.
5. Die Arbeiterin Anna Engelhardt geb. Höpfer in Teuchern wurde wegen Verleitung des Ratsboten Böhrner mit 10 Mk. ev. 2 Tagen G. fängnis bestraft.

Herr Kreisarzt Dr. Stabu ist vom 3. bis 30. Juli d. S. beurlaubt und wird durch den Herrn Kreisarzt in Rantahl a. S. vertreten.

Weißensfeld, den 6. Juli 1921.

Der Landrat.

Brotmarken.

Die für die Zeit vom 13. Juni bis 10. Juli ausgegebenen roten Brotmarken mit blau aufgedrucktem V versehen am 14. Juli ihre Gültigkeit. Nach diesem Tage dürfen die Bäcker und Mehlgändler diese Marken nicht mehr annehmen. Die Bäcker und Mehlgändler haben diese Marken bis spätestens 21. Juli bei der Getreibe- und Mehlstelle abzuliefern. Nach diesem Tage wird für diese Marken kein Mehl mehr geliefert.

Weißensfeld, den 8. Juli 1921

Der Vorsitzende des Kreisamtschiffes Getreibe- und Mehlstelle.

Der Magistrat in Berlin beschließt, alle Leute (Hospitalitäten) zu der Entlassung seiner Anstalten in Privatpflege unterzuziehen. An Abgegebenen werden je nach den Bedürfnissen bis zu 250 Mk. für eine Person monatlich bezahlt. Die alten Leute sind oft noch zu leichten häuslichen Arbeiten verwendbar. Anträge auf Zuzahlung einer solchen Person sind innerhalb 4 Wochen bei mir zu stellen. Es ist dabei anzugeben, ob ein Mann oder eine Frau gewünscht wird.

Weißensfeld, den 6. Juli 1921.

Der Vorsitzende des Kreisamtschiffes, S. R. Kling, Kreisdeputierter.

Getreide: Feldschutz.

Die nachgenannten, von dem Kreisbauernverein Weißensfeld für den Feldschutz angehenden Beamten sind als Feldhüter gemäß § 62 des Feld- und Forstverordnungs vom 1. April 1880 (G. S. S. 280) von mir beauftragt worden und haben auf Grund des ihnen erteilten Ausweises die Berechtigung zur Festnahme und Durchsuchung der auf der Tat ertappten und sich verdächtig machenden Personen erhalten:

- Albrecht Korlitz-Weißensfeld,
- Berner Hofbe-Str. 21 a u.
- Fritz Malinowski-Bo. b. b.
- Hans Dietrich-Schöden,
- Ernst Schumann-Oberhöflich,
- Keno Winkelmann-Dobersgott,
- Hermann Peters-Kanthal,
- Hermann Schulz-Nellshütz,
- Paul Sobotta-Weiden,
- Erich Große-Domler,
- Raul Rüdlich-Teichern,
- Martin Fortner-Unterhöflich,
- Hermann Meier-Gummitz,
- Julius Gerlach-Bengelstorf,
- Karl Bönte-Benbig a. B.

Weißensfeld, den 7. Juli 1921.

Der Landrat.

Obstverpachtung.

Der Obstgarten, bestehend aus **Äpfel und Pfäumen** der Gemeinde Krauschwitz soll **Mittwoch, den 13. Juli** abends 7 1/2 Uhr im Böhmerischen Gasthof verpachtet werden. Der Gemeindevorsteher.

Obstverpachtung.

Der diesjährige **Pflanzensatz** der Gemeinde **Oberschwöbich** soll am **20. Juli** nachm. 5 Uhr im Winterischen Lokal öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden. Der Gemeindevorsteher.

Preussische Klassen-Lotterie.

Ziehung 1. Kl., 244. Lotterie, 12. und 13. Juli Hauptgewinne jezt **2 zu 125.000, 2 zu 50.000 Mk.** Jede jezt 1/8 10 Mk., 1/4 20 Mk., 1/2 40 Mk., 1/1 80 Mk. empfiehlt **Winkler, Ratskellerei, Teuchern** aus Staatsl. Lotterie-Einnahme Wettig in Neuliepzig.

Berliner-Gastspiel-Theater

Norddeutscher Hof.

Nur einmalige Aufführung
Mittwoch, den 13. Juli abends 8 Uhr
Grosser Sensationsabend.

Das herrliche Sittenbild.
zur Warnung aller Eltern.

In den Händen des Mädchenbändlers

Sitten-Schauspiel in 6 Akten.

1. Akt: Die Zügelungsnummer. 2. Akt: Engagiert.
3. Akt: Verschleppt. 4. Akt: Die Liebe macht.
5. Akt: Auf der Fährte. 6. Akt: Der Gefallenabend und Aufhebung des Verdicts durch die Polizei.

Mit neuer Ausstattung.
In den Bauen Unterhaltungsmusik.

Dieses packende Werk ist wert, von jedem Familienmitglied gesehen zu werden.
Es ladet freundlich ein

die Direktion.

Unterwerfen.

Vogelschießen

findet **Sonntag, den 24. Juli** statt.

Ergebnis lobet ein **G. Schme.**

Himbeer-Saft

eigenes Fabrikat

Bruno Billhardt.

Empfehle Dienstag zum Wochenmarkt.

Schellfisch a Pfd. 2.50 Mk.

gar. reines **Schweinefleisch**
prima geräucherten **Speck**
feinste **Tafelmargarine**
in Würfel a Pfd. 8 Mk.
Prima neue **Vollheringe** a Stück 1 Mk.

Becker.

Schützenverein Gröben.

Sonntag, den 17. Juli

Vereins-Sternschießen

Von nachm. 4 Uhr ab **BALL.**

Um gütigen Besuch bitten **Rob. Knoch, Galtwitz, Der Schützenverein**

Ehrenerkklärung.
Die gegen Frau Emma Vorberger ausgeprochene Verurteilung nehme ich hiermit als unavoch zurück.
Lina Schiffer.

Neuz Dienstag **ff.**

Sammelfleisch

Kurt Häun, Fielsherrntr.

1 Plüschsofa
ist zu verkaufen
Siedlung 31.

2 junge deutsche Schäferhunde
(mit Stammbaum) zu verkaufen
in **Krauschwitz Nr. 18.**

Öffentliche Angestellten-Versammlung

am **Freitag, den 15. Juli** abends 8 Uhr in Böhmerischen Restauration.

Thema: Neuerungen in der Angestelltenversicherung.
Referent: Herr Geschäftsführer Schumann, Cassel.

Allen Angestellten werden hierzu herzlich eingeladen.
Deutschnationaler Handlungsgesellen-Verband
Teuchern-Gruppe.

Näh-Maschine

fast neu, verkauft
Rob. Gähler.

1 Sportwagen

billig zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Ein Läuferhörnlein
(guter Presser) steht zu verkaufen.
Siedlung 7.

Dal ist wird **Wäsche zum Plätten** angenommen n.

Ich bin **Dienstag** von 8-11 in 3-6 und **Donnerstag** und **Freitag** von 8-12 in Teuchern im Ratskeller zu sprechen.

Mewes,
Rechtsanwalt u. Notar
Weissenfels a. S.
Saalstr. 12.
Gegenüber der Post.

Suche für sofort ein ehrliches solides

Mädchen
Landwirt Bierung,
Probsteistr. 10.

Gerstenstroh
kleine Ballen, und
Frühkartoffeln
verkauft
Schützenfr. 25.

Jungen Hund
verkauft
Raumburgerstr. 1.

Ansichtskarten von Teuchern
auch für **Wiederverkäufer** zu haben bei
Otto Lieferenz.

Für die erhaltenen Geschenke und Glückwünsche anlässlich ihrer Vermählung sagen herzlichen Dank.

H. Telthörster und Frau
Anna geb. Fricke.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Antliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Geschäftszeit: 8 1/2 bis 11 Uhr

Gesucht werden:

20 Mägde, 5 Knaben, 1 Ofteringer, 2 Weibschneidern, 2 kräftige Arbeiter in die Biererei, 5 Arbeiter, Handlanger nach auswärts, 5 kräftige Arbeiter nicht unter 22 Jahren für Hofarbeiten und zum Beladen, 1 Geschäftsführer und 1 Hotelbedienter nach auswärts, 2 Hausmädchen, 1 Stallbörcher, 2 Ofteringer, 1 Nachtbörcher, 2 kräftige Arbeiter unter 22 Jahren, 7 Arbeiter zur Ernte, 1 Unterhosenweber.

Stellen suchen:

1 Bäcker, 1 Kutsher von 20 Jahren und 1 von 14 Jahren, ältere Arbeiter.

Frisch gebranntener **Weisskalk**

von **Mittwoch** ab, empfiehlt **Ziegel-Bröckel.**

Eine **Melkziege**
ist zu verkaufen
Unterm Berge 29.

Eine gutmelkende **Ziege**
ist umständehalber sofort zu verkaufen.
Otto Göhe, Rantahl, Weissenfels 7 I.

Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Korpuszeile 60 Hg. Reklamzeile 1.—Pr.

Ausgabenname in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitungsstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtaglicher Bezugspreis: Durch unser Geschäftsstelle 5,50 M., von unserer Postanstalt abwärts 6,00 M. durch den Briefträger 62. Einzelnummer 30 Hg.

Stichtagliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungsstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 81

Dienstag, den 12. Juli 1921.

60. Jahrgang

Der langersehnte Vorwand.

Briand hat wegen der „lächerlichen Urteile“ des Reichsgerichts gegen Stenger und Saulle die juristischen Vertreter Frankreichs beim Reichsgericht und die französischen Zeugen zurückschickern.

Wozu diese Geier?

Es haben wir uns die Pressekommentare zu den Urteilen an und die Maßnahmen, die als „Strafe“ gegen die „Verleugungen“ des Reichsgerichts vorgeschlagen werden, so sehen wir es: Nicht eigentlich um ein weiteres Aufschließen der Kriegsbeschuldigungsfrage handelt es sich hier, und um ein neues Auslieferungsgebeten: Nur einige Blätter stellen dies verlangen und das auch nur in einem sehr unklaren Ton, denn man ist sich hier der Unterfütterung Englands, dessen öffentliche Meinung gar nicht mehr für solche sinnlosen Gewaltmaßnahmen zu haben ist und die noch dazu durch die anerkannten in den Verurteilungen des englischen Generalstaatsanwaltes über die Objektivität des Reichsgerichts nicht unmerklich beeinflusst ist, durchaus nicht sicher. Nein, es geht um etwas ganz anderes: Um die Aufrechterhaltung und die Verlangung der rechtlich und moralisch durch nichts mehr haltbaren „Sanktionen“ am Rhein.

Frankreichs Stellung in der Sanktionsfrage war fast erschüttert. Nicht nur in der ganzen neutralen Welt, nein, auch in England und Italien sah man das Bedauerliche, Einmalige und überdies nicht nur für Deutschland, sondern für alle Schädlinge der Sanktionen ein, deren angeblicher Zweck, Deutschland zur Anerkennung des Ultimatus zu zwingen, außerdem bereits erfüllt worden war. Selbst in Frankreich begann das deutsche Argument, daß die „Sanktionen“ nur die Reparationsfähigkeit Deutschlands zu Frankreichs eigenem Schaden hindere, wegen seiner unüberwindlichen Größe zu veranlassen und die franz.

behandelt worden seien. Ein Teil der Welt hat die Unterzeichnung dieser Erklärung abgelehnt.

Der Magistrat der Stadt Teuchern hat auf die Ergreifung des Täters, der am 4. Juli den französischen Bataillonkommandeur, Major Montalegre, erschoss, oder auf die Verbringung von Angaben, die geeignet sind, eine reelle Aufklärung des bedauerlichen Vorfalles herbeizuführen, eine Belohnung von 15 000 M. ausgesetzt.

Waffenverbot der J. R.

Die J. R. in Ebneth hat eine Kundgebung erlassen, in der sie jeder Verkauf von Waffen und Munition verbietet und Zwangsverhandlungen unter Strafe von 2 Monaten bis zu 5 Jahren Gefängnis setzt.

Einkellung des Zugverkehrs.

Die Eisenbahnen haben sich geweigert, den vollen Verkehr nach dem Industriegebiet wieder aufzunehmen, da ihnen keine Vergütung für die Sicherheit ihres Lebens gegeben werden könne. Es ist infolgedessen möglich, daß der Betrieb wieder stillsteht.

Vor dem vierten Aufstand.

Die Insurgenten tauchen wieder auf.

Das Kongress-Boleten führt über die oberösterreichische Grenze in den letzten Tagen den Verkehr von mehreren Insurgenten herübergenommen und haben sich in Malsomig und Umgegend festgesetzt. Man spricht in eingeweihten Kreisen offen davon, daß man vor einem vierten Aufstand sehe. Malsomig und mehrere Vororte sind wieder so gut wie von Insurgenten besetzt. Die Insurgenten sind unter den Insurgenten kam es in Bogusitz und Jalsen. In Verlusten wurden gemeldet ein Tober und vier Besondere.

Neue Polenunruhen.

Was in der Gegend von Schöppnitz heunächtigen Vorfällen wurde der Polizeikommissar Einka aus Kaurachitz schwer mißhandelt. In der Umgegend von Schöppnitz werden sich immer bewaffnete Insurgenten herum, die hin und wieder bei deutschen Familien Plünderungen verüben. Donnerstag und Freitag kam es zu heftigen Schießereien. Die deutschsprachige Bevölkerung ist in großer Unruhe, zumal sie nicht den geringsten englischen Schutz hat.

Die in Malsomig erscheinende deutsche „Oberösterreichische Rundschau“ hat infolge der wirren Verhältnisse in Oberösterreich ihr Erscheinen eingestellt.

Verstärkter Belagerungszustand in Katorib.

Katorib, 9. Juli. An die Stelle des bisherigen italienischen Stadtkommandanten, des Majors Sprea, ist der bisherige Kreisoffizier in Nibitz Oberst Alvert getreten. Als erste Maßnahme verhängte er über Katorib den Belagerungszustand. Wer auf den Straßen mit Waffen, Schmutzgeschüssen, Zeitungsblättern oder ähnlichen Dingen verkehrte, wird vor das interalliierte Sondergericht gestellt, ebenso wer angekränkt angetroffen wird. Das Alkoholverbot sowohl für die interalliierte Truppen als auch für die Zivilbevölkerung tritt wieder in Kraft. Die Zeitungszensur wird aufs strengste gehandhabt.

Wirth in Breslau.

Der Ruf nach Einigkeit.

Breslau stand am Freitag im Zeichen einer gewaltigen Kundgebung für Oberösterreich in der Jahrbuchverhältnisse. Die Wespensprachen, die der Kanzler mit Vertretern aller Parteien und der Behörden Schlesiens hatte, führten zu einem Ergebnis, das eine politische Zeit bedeutet. Von deutschnationaler Seite wurde erklärt, daß die Partei kein revolutionäres oder Umwälzungsplan. Sie zeigt sich deutlich und offenbar die Einigkeit aller Parteien, die Einigkeit des ganzen Volkes in der Abwehr der polnischen Machtgeheiß, in dem Bestreben, die Einheit des Reiches zu wahren. Nachdem der Kanzler am Nachmittag den Reichsministerpräsidenten Dr. Wirth am Aufbruch hatte, sprach er sich am Abend mit der von einer etwa 11 000-föpfigen Menge gefüllten Jahrbuchverhältnisse.

Die Kanzlerrede.

Nach der Begrüßungsansprache des Breslauer Oberbürgermeisters ergab Reichskanzler Dr. Wirth das Wort zu etwa folgenden, bedeutsamen Ausführungen, die vollen Beifall auslieferten.

Bom Osten bis an den Rhein hören wir die bange Frage: Was wird aus Oberösterreich? Die beiden der Bevölkerung bewegten die Herzen aller Deutschen aus tiefster Unterwerfung und des Tralles, aber auch der Zukunft und des einseitigen Willens Deutschlands sprechen. Man will sie klar sein, daß wir nicht mehr die alte Kraft immer uns hätten. Die größte Katastrophe sei über uns herabgefallen. Wie sollte diese Ehre, heile es auch hier, aber alle müßten sich zusammenschließen im Willen zur Ver-

derausführung des Bräutens. Der Kanzler betonte dann, daß die deutlich zutage getretene Einigkeit der Parteien viel zur Veruhigung des Landes beigetragen habe. Wir hätten es noch nicht verloren. Wir ließen die Köpfe und Hände noch nicht sinken. Wir ergötzen Anspruch darauf im Namen des Reiches, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes. Unser Anspruch gelte nicht auf die 700-jährige Geschichte. Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte der Kanzler, daß die Alliierten sich unmissverständlich bewiesen hätten, daß sie bereit sind, um Recht und Sicherheit zu sorgen. Unsere Forderung gehe dahin, daß die Insurgenten nicht weiter unsere Brüder in einer Weise inreden dürfen, wie es den Polen von deutscher Seite niemals geschehen ist. Dem Kanzler wurde öfters Beifall für sein mahnendes Auftreten. Ganz besonderer Dank aber komme dem Selbstschutz zu, der in Aufopferung und Heldenmut den deutschen Völkern den oberösterreichischen Brüdern beigegeben habe. „Wir sind gewillt, alles zu tun, um diese Weichen zu retten.“ Die deutschen Vorkämpfer bei den Alliierten beschleunigen, dem Recht zum Siege zu verhelfen. Das Schicksal Oberösterreichs ist das Schicksal Deutschlands.

Als der Kanzler sich wegen der Leiden der Deutschen an den französischen Kampfplatz in Berlin gemeldet habe, sei ihm erklärt worden, daß jeder Versuch Deutschlands, militärisch einzugreifen, die Kriegserklärung Frankreichs zur Folge haben würde. Die Abmahnung habe für Deutschland entschieden. Wir tiefen den Alliierten zu: „Laßt die Finger von Oberösterreich.“ Den Oberösterreichern aber, deren Ruf das größte Unglück für Deutschland sei, riefen wir zu: „Wacht auf, ihr Oberösterreicher! Verweigert nicht das deutsche Vaterland, daß es auf euch und bietet euch die Hände zur Hilfe. Es bietet sie euch in herzlichster, gödlicher Dankbarkeit.“ Brausend erklang das Lied: „Mein Oberösterreich ist da!“ Oberbürgermeister Dr. Wagner schloß alsdann die ergreifende Kundgebung.

Der Weg zur freien Wirtschaft.

Freigabe des Zuders ab 1. Oktober.

Dieser Tage fand in Stuttgart die Konferenz der deutschen Ernährungsminister unter Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Hermann es statt. Die Konferenz beschloß mit überwiegender Mehrheit, mit Rücksicht auf die in diesem Jahre zu erreichende Reemehrung des Milchviehbestandes, die bisher rund 77 Proz. der Friesensanbaufläche von 1913-14 erreicht worden ist, und mit Rücksicht darauf, daß mit der Deckung des Anlinderbedarfes aus der neuen Ernte gerechnet werden kann, die Zuderswangs-wirtschaft mit Beginn des neuen Jahres, also dem 1. Oktober, aufzuheben.

Die Getreidemenge ein Ubergangszustand.

Die Minister des Reiches teilte, soll die Getreidemenge nach seiner persönlichen Auffassung ein Ubergangszustand für die freie Wirtschaft sein, zu der man, wenn nicht ganz unvorteilhafte Verhältnisse eintreten, im nächsten Jahre kommen werde. In der Konferenz wurde mit allem Nachdruck von der heimischen Produktion zum Ausbruch gedrückt, insbesondere durch vermehrte Verwendung des Kunstfutters in der Landwirtschaft und durch Schaffung von Muttervieh, zu deren das Reichsernährungsministerium allgemeine Maßnahmen anstellen wird, das Ziel zu erreichen. Der Frage der Brotpreiserhöhung sieht die Konferenz durchaus ruhig entgegen. Es sei zu hoffen, daß der Ubergang zum neuen Wirtschaftsjahr sich ohne große Erschütterungen vollziehen wird.

Erhöhung des Brotpreises um 40 bis 50 Prozent.

Eine Erhöhung der Getreidepreise werde durch den Abbau der Aufzucht des Reiches notwendig. Das Reichskabinett werde sich mit der Frage zu befassen haben, ob bei der Brotpreiserhöhung bis zu 40 oder 50 Proz. zu gehen sei. Diese Erhöhung sei aber nicht durch das Umlagever-fahren hervorgerufen, sondern sie wäre stattdes gekommen, da es nicht möglich sei, mit der inländischen Zwangswirtschaft den Bedarf des Volkes zu decken.

In der Milch-wirtschaft müsse ebenfalls eine wesentliche Stärkung erreicht werden. Es sei geplant, im Süden und Norden große militärische Institute zu schaffen, die mit einem Krieg von Unternehmungen und praktischen Betrieben zu verbinden wären.

Die Konferenz beschloß, daß die bestehende Regelung für den Verkehr mit Stoffe-Erzeugnissen mit dem 1. August außer Kraft tritt. Ferner soll der Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln, Tabak und Wein von den Vorschriften befreit werden, welche die Zählung des Großhandels von einer beherrschenden Gemeinschaft abhängig machen.

Der Reichswirtschaftsrat für freie Zuderswirtschaft.

Der Landwirtschaftsausschuß des Reichswirtschaftsrats nahm bei der Besprechung der Zuderswirtschaft nach längerer, eingehender Erörterung einstimmig ein Gutachten an, in dem er sich für Aufhebung der Zwangswirtschaft ab 1. Oktober ausspricht. Da eine ausstehende Zudersernte in Aussicht steht, fordert er Aufrechterhaltung des Zudersernteverbotes und auch des Zudersanbauverbotes.



zurückliche, Koranun weigerte sich, da seine Entfernung die „Aue in Oberösterreich und die Entlassung der Insurgenten gefährden würde“. Der englische Major hat daraufhin die Entscheidung der J. R. anzuergreifen. Der französische General De Comte Denis gab jedoch dem englischen Major zu verstehen, daß er in Katorib und Schöppnitz zu befehlen habe und für das Reichsgericht vorantreten die Verantwortung trage. Angeht diese Entscheidung kann man sich denken, wie die Entscheidung ausfallen wird. Koranun wird bleiben, um den vierten Aufstand weiter vorbereiten zu können, und der englische Major wird seine nur durchsichtige Forderung zurückziehen müssen. Auch sonst ist die Lage in Oberösterreich unverändert. Das heißt: Die Insurgenten beherzigen weiterhin das flache Land und bereiten den nächsten Aufstand vor.

Die Teucherner Geiseln freigelassen.

Die in Teuchern verhafteten Geiseln sind von den Engländern aus der Haft entlassen worden. Dem ersten Bürgermeister Dr. Stenzen wurde jedoch mitgeteilt, daß er aus dem Vernehmungsbereich ausgenommen werden. Es ist bezeichnend, daß man von den Geiseln vor der Entlassung die Unterzeichnung einer Erklärung verlangt hat, daß sie während der Haft human-